

Merseburger Correspondent.

Verlagort:
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Holzgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Unverändertes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Vorzahlung. — 1 Mark
pro Quartal durch den Herabräger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 217.

Dienstag den 3. November.

1891.

Für die Monate November und Dezember werden Abonnements auf den
„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 80 resp. 84 Pfg. von allen Postämtern, Buchhändlern, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inferate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweifelsprechendste Verbreitung.

Die Wiederbesetzung des Erzbisthums Posen.

In der Polenpolitik der Regierung steht anscheinend eine grundsätzliche Wendung bevor. Nachdem neuerlich schon von offiziöser Seite eingestanden worden ist, daß für den seit langem erledigten erzbischöflichen Sitz Posen-Ostpreußen ein „polnischer“ Prälat in Aussicht genommen sei, wird jetzt in der klerikalen Presse zwar nicht der Propä v. Jagzewski, wohl aber der Propä Florian v. Stablewski, Mitglied des Reichshauses für Schrimm-Schroda Bisthum als Nachfolger des Erzbischofs Dindor genannt. Die Ernennung dieses Candidaten würde nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Abfolge für die „Antipolenpolitik“ des Fürsten Bismarck bedeuten. Wie der nur mit äußerlichen Mitteln betriebene „Kulturkampf“ in den deutschen Landestheilen den Ultramontanismus, so hat er in den polnischen das Polenium großgezogen. Hinterher wurden dann die Polenaustrreibungen ins Werk gesetzt und die „Antipolengesetze“ erlassen, um das künstlich großgezogene Gespinnst zu bekämpfen. Im Kulturkampf haben die Herren v. Jagzewski und v. Stablewski in der ersten Reihe der Kämpfer gestanden; aber nachdem die Maßregeln zu Erabe getragen sind, wird man den Siegern keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie die Herausforderung zum Kampfe angenommen haben. Erst nachdem der Kulturkampf aufgehört hat, haben die Polen oder wenigstens ein großer Theil derselben angefangen, sich wieder darauf zu besinnen, daß die preussischen Polen keinen Grund haben, ihre Stammesgenossen außerhalb der preussischen Grenzen zu beneiden. Wenn jetzt Herr v. Stablewski Erzbischof von Posen-Ostpreußen werden sollte, so verbannt die Polen das nicht an wenigsten dieser Rücksicht zu einer besonnenen Politik. Gerade Herr von Stablewski hat sich in dieser Hinsicht im Abgeordnetenhaus im Mai d. J. deutlich ausgesprochen. Er erklärte im Namen seiner Landleute, „daß wir diejenigen Verpflichtungen kennen und erfüllen wollen, welche wir dem Staate gegenüber haben, dem wir nach Gottes Rathschluß angehören, das wir deshalb diesen Staat schätzen und lieben wollen in alle dem, was seine Ehre, die Integrität seiner Grenzen, seine Machtstellung und Entwicklung anlangt, daß wir aber dabei Polen im preussischen Staate bleiben wollen, daß wir die Heiligthümer die uns von unseren Vätern überantwortet sind, nicht preisgeben wollen, unsere Nationalität, unsere Sprache, unsere geschichtlichen Erinnerungen.“ Weiterhin berief sich Herr v. Stablewski auf die polnische Presse zum Beweise dafür, daß sie die Institution einer polnischen Sonderstellung und Sonderbestrebung oder gar einer Loslösung dieser Provinzen von Deutschland von sich wisse. Weder als Katholik noch als Polen könnten sie sich nach Rußland sehnen; sie seien Kinder der westlichen Civilisation, gehörten nicht zum Dniepr, sondern zum Weizen u. s. w. Von unserem Standpunkte aus ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß auch das Märchen von der Reichs- oder Staatsfeindschaft der Polen endlich zu Erabe getragen wird. Die preussische Bevölkerung kennt weder Dniepr noch Polen, sondern nur gleichberechtigte Staatsbürger. Von diesem Standpunkte aus hätten wir Freisinnige gegen die Ernennung eines polnischen Prälaten zum Erzbischof einer vorwiegend polnischen Diöcese nichts einzuwenden. Bedenken können nur aufstehen, wenn die Regierung auf dem Gebiete der Schulpolitik keinen Rückschritt bis hinter die baltische Zeit unternehmen sollte. Niemand

denkt an eine gewaltsame Germanisirung der Polen, andererseits aber soll man auch den Polen nicht die Hand bieten zu einer Polonisirung der Deutschen. Wir wollen ihre Sprache nicht antastet; aber wir müssen dabei voraussetzen, daß die Polen sich bemüht sind ihrer Pflichten als Angehörige eines deutschen Staats und daß sie die Verpflichtung anerkennen, die heranwachsende Jugend zum Birkändnis der deutschen Sprache und des deutschen Staates auszubilden. Und deshalb müssen wir der Forderung polnischen Unterrichts in der Volksschule nach wie vor entgegenstehen. Die Polen sollen nicht Polen im preussischen Staate sein, wie Herr v. Stablewski sich ausdrückt, nicht preussische Polen, sondern polnische Preußen. Und deshalb müssen wir daran festhalten, daß in der Volksschule die deutsche Sprache die herrschende bleibt und daß die polnische Sprache nur insoweit zu berücksichtigen ist, als sie zur Erreichung der Schulzwecke der polnischen Mitbürger erforderlich ist. Wenn die Regierung an dieser Auffassung festhält, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch die Ernennung des Herrn v. Stablewski zum Erzbischof von Posen-Ostpreußen einen Gegner ihrer Schulpolitik zum Fürstenthum von Polen machen würde.

Politische Uebersicht.

Die Wahlfalschung des österreichischen Antisemitentführers Schneider und deren stillschweigende Duldung durch seine parlamentarischen Oesterrathsgenossen scheint endlich auch den anhängigeren Elementen in jenen Kreisen die Augen geöffnet zu haben. Die Abgeordneten Kraus und Pernerstorfer sind aus dem Club der deutschen Nationalpartei ausgetreten, weil einige Mitglieder desselben nicht für das Mißbilligungsvotum gegen Schneider gestimmt hatten, trotzdem aber im Club geblieben waren. Andererseits aber wird der Club einigen Zug aus der rein antisemitischen Freien Vereinigung für wirtschaftliche Reform auf christlicher Grundlage, der Schneider angehört, erhalten, da es mehreren Abgeordneten nicht mehr paßt, mit einem Wahlfälscher in einer Partei zusammenzustehen. Man wird daher in Zukunft die österreichischen Antisemiten in drei Gruppen zu theilen haben, die je nach dem Grade ihrer Anhänglichkeit nach abwärts zu rangiren, wobei die Schneider-Lichtensteinsche Gruppe selbstverständlich auf der tiefsten Stufe steht. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus brachte der Handelsminister einen Gesetzentwurf ein, betreffend die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit der Türkei, Bulgarien, Spanien und Portugal, ferner aber eine im Jahre 1895 zur Feier des zehnjährigen Bestehens des ungarischen Staates in Pest abzuhaltende Landesausstellung. Der Abgeordnete Otto Hermann brachte eine Interpellation an den Außenminister und den Justizminister ein wegen der Mißbräuche auf den Westrennpfählen in Wien und Pest, sowie wegen Reinigung der Westrennen vom Spiel zur Wahrung ihrer ursprünglichen Bestimmung zur Hebung der Pferdezucht, Prüfung des Spieles am Totalfaktor vom strafrechtlichen Gesichtspunkte aus und eventuelle Verträge eines bürgerlichen Gesetzentwurfes. In der Motivierung der Interpellation forderte der Interpellant die Abschaffung des Totalfaktors.

Die Rückreise des Zaren nach Rußland wurde zu einer reinen Komödie der Irrungen. In den letzten Tagen sind fast sämmtlich die Ruffeßpositionen geändert worden. Nachdem bis zum Freitag die Presse auf alle Fälle zur See nach Danzig erfolgen sollte, wurde plötzlich der Landweg in Aussicht genommen; ebenso plötzlich ist dann aber wieder auf den ursprünglichen Ruffenplan zurückgegriffen worden, und dementsprechend ist die russische Kaiserfamilie „Polarkern“ mit der russischen Kaiserfamilie und dem König und der Königin von Dänemark am Vord Freitag Nachmittag nach Danzig abgegangen und Sonnabend früh dort eingetroffen. Nach kurzem

Aufenthalte setzte die Zarenfamilie die Weiterreise in dem bereitstehenden Hofzuge fort. — Eine russische Grenzverletzung wird wieder einmal von der preussisch-russischen Grenze gemeldet. Ein Bauer Dobral, der in einem dicht an der Grenze gelegenen Dorfe einen Verwandten besucht, wurde auf preussischem Gebiet von russischen Grenzwächtern, die behaupteten, er sei schon auf der russischen Seite, unter größten Mißhandlungen verhaftet und trotz einer Bürgschaft, welche seine Verwandten hinterlegten, bisher nicht freigelassen. Eine von seinem diesseitigen Verwandten bei dem Landrathshauptmann Sirelno ergangene Anzeige hatte zur Folge, daß in einem von dem Landrath in Koblenz anberaumten Termin, zu dem auch der russische Agent sich erschien, festgestellt wurde, daß die Verhaftung thatsächlich auf preussischem Gebiete und zwar 75 Meter von der Grenze entfernt, stattgefunden habe. Nach dieser Feststellung wurde ein Termin in Rußland anberaumt, zu dem auch der Schwager des Dobral geladen wurde. Dieser wollte anfänglich nicht zu demselben erscheinen, besaß sich aber auf vieles Zureden doch dorthin. Der Termin ist bereits vor 14 Tagen in Mesjama abgehalten, aber weder Dobral noch sein Schwager ist bis heute zurückgekehrt. Es sind bereits weitere Schritte seitens der preussischen Behörden gemacht worden, um die Freilassung der beiden Verhafteten zu erwirken.

Betreffs der Räumung Aegyptens haben die Ausführungen, welche der französische Minister des Auswärtigen, Ribot, in seiner letzten Budgetrede in der französischen Deputirtenkammer gemacht hat, in England sehr verknüpft. Man sieht sich besonders verlegt durch die Andeutung, daß Frankreich, wenn dazu aufgefordert, bereit sein würde, mit Europa an dem Besuche theilzunehmen, neue Garantien seitens Großbritannien für eine künftige Räumung des Nilstals zu verlangen. Der „Standard“ giebt dieser Mißstimmung in einem längeren polemischen Artikel Ausdruck, der zwar die Verpflichtung England anzuerkennt, die gegenwärtige Besetzung Aegyptens zu beibehalten, zugleich aber daran erinnert, daß an die beglückten Verprechungen Englands seit die Verbindung geknüpft worden, daß Aegypten in der Lage sein müsse, nicht nur einem Angriff von Aussen allein widerstehen, sondern auch jede innere administrative Corruption und Verwirthung verhindern zu können. Der Artikel wendet sich sodann gegen die französische Darstellung, als ob England i. J. seine Truppen nach Aegypten gesandt habe, um Frankreich zuvorzukommen, und auch nur deshalb die Verwaltung, arbeit im Nilstal vollführt hätte, der gegenüber er mittheilt, daß Frankreich und Italien i. J. von England zu einem gemeinsamen Vorgehen in Aegypten aufgefordert worden seien, dieses aber abgelehnt hätten, so daß England allein vorgehen und auch die Interessen der anderen Staaten mit wahrnehmen mußte. Die Engländer seien nicht in Aegypten aus Furcht oder Eifersucht gegen Frankreich, sondern aus Gründen, welche mit diesem Lande in Verbindung stehen, im Interesse von Aegypten selbst, im Interesse der Türkei, im Interesse von Europa und endlich im Interesse des britischen Reichs; sie würden die übernommene Aufgabe nicht eher aufgeben, als bis dieselbe gelöst und beendet sei. Der „Standard“ wirft zum Schluß den Franzosen vor, daß sie nur darum Eintritten in Aegypten versuchten, um England willig zu machen, unter der Bedingung der Gatheißung der ägyptischen Verhältnisse anderen politischen Aktionen Frankreichs zuzustimmen. Frankreich wolle gekauft werden; Englands Position in Aegypten sei aber so klar, so einfach, so natürlich, so gerechtfertigt, daß kein Grund vorliege, eine Zustimmung zu erwirken, welche England zwar gern befehen würde, aber welche nicht unerlässlich notwendig ist. — Die Ausführungen des „Standard“ entsprechen den Anschauungen, welche die englische Regierung in der letzten Zeit bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hat. Auch eine neuerliche Note des ersten Lords der

Admiralität, Lord Hamilton in Edinburgh weist den Gedanken einer Zurückziehung der englischen Truppen aus Aegypten gegenwärtig weit zurück.

Die Parnellisten in Irland greifen bereit zum Mordanschlag, um die Führerschaft der irischen Partei zu erlangen. Die Polizei hat, wie verlautet, Kenntnis von einer Verschwörung zur Ermordung D'Orleans erhalten. Mit ähnlichen Mitteln dürften die parnellistischen Fanatiker ihren politischen Kredit bald vollständig zu Grunde gerichtet haben.

Die Lage auf Samoa scheint in Folge von Streitigkeiten der Vertreter der Vertragsmächte unter einander wieder einmal kritisch geworden zu sein. Wie dem „D. B. H.“ aus Newyork angezeigt wird, hat Baron Senff von Pilsach „unter dem Druck der fremden Consuln“ am 15. October sein Entlassungsgesuch eingereicht. Herr von Pilsach war deutscher Vorgesandter des Gemeinderaths von Samoa und Rathgeber des „Königs“ Mafalea und der Regierung. Nach einer weiteren „Herbst“-Weilung aus Newyork hat Mafalea auf den Rath Pilsachs den König Mafalea in einer Proclamation als Rebellin erklärt. Vor Pilsachs' Rücktritt haben die Consuln der anderen Vertragsmächte, also Englands und Amerikas, eine Denkschrift verfaßt, worin unter Hinweis auf Pilsachs' Unersahbarkeit und wegen seines rückstößlichen Benehmens im Amt, um seine Rückberufung gebeten wurde. Das Memorial war von allen fremden Einwohnern in Apia, einige Deutsche ausgenommen, unterzeichnet. Zwei Tage vor seinem Rücktritt künftige Pilsach seine Absicht an die Archäe und Gelder dem Herrn Weber, Geschäftsführer einer deutschen Firma, übergeben zu wollen. Letzterer war interimsweise zum Präsidenten ernannt worden. Die fremden Consuln eröbden jedoch Einspruch dagegen, weil dieses Verfahren die Befugnisse Pilsachs' überschreite. Baron Pilsach soll nunmehr um die Erlaubnis gebeten haben, seinen Rücktritt widerrufen zu dürfen. Der „König“ erklärte indess, daß ihm kein Recht zur Ertheilung der Erlaubnis zustehe; gleichzeitig verwies er Pilsach an die Mächte. — Zur Beurtheilung der Sachlage muß man vor der Hand weitere Mittheilungen abwarten. Es scheint sich diesmal fast mehr um Personensagen, als um Fragen von politischer Tragweite zu handeln.

In Romänien kehrt wieder ein Ministerzeile bevor. Der Ministerpräsident Cuzari hat vergeblich versucht, dem Ministerium durch Fühlung mit der nationalliberalen Partei Ioan Vatanius' und Demeter Sturza's eine feste Gestaltung zu geben, und ist wegen der unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Cabinetneubildung regierungsmüde geworden.

Die Vermittelungen zwischen Chile und den Vereinigten Staaten haben bisher ihren ersten Charakter beibehalten. Die Hauptschwierigkeit, über welche die Regierung der Vereinigten Staaten nicht leicht hinweg kann, bildet die Anwesenheit des in Chile misliebigen Gesandten Mr. Ugans in Santiago. Nach seiner Abberufung dürfte die chilenische Regierung eher den Vereinigten Staaten jede Genugthuung gewähren, die in ihrer Macht steht. Der chilenische Gesandte in Washington soll auch bereits den Antrag erhalten haben, die Abberufung Mr. Ugans zu verlangen, und Staatssekretär Blaine diese Abberufung bereits veranlaßt zu haben. Dies Gegenkommen würde beweisen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten daran legt, den Streit möglichst auf friedlichem Wege beizulegen. Von denselben werden auch die bisherigen alarmirten Nachrichten de mentiri, so die Meldung, daß das Cabinet der Vereinigten Staaten beschlossen habe, Chile den Krieg zu erklären, ebenso, daß die Marinecirculars den Befehl erhalten hätten, Kreuzfahrtskreuzer zu Abfahrt bereit zu halten.

Deutschland.

Berlin, 2. Nov. Der Kaiser hat am Sonnabend Abend Liebenberg wieder verlassen und die Rückreise auf der Sietziner Bahn über Berlin bis zur Station Wildpark angetreten. Um 10 Uhr 53 Minuten traf der Kaiser im bismarckschen dort wieder ein und begab sich sofort zu Wagen nach dem Neuen Palais. Später Vormittag arbeitete der Kaiser zunächst allein. Gegen 10 Uhr begab sich das kaiserliche Paar zu Wagen nach Potsdam und wohnte dort dem Gottesdienst in der Friedenskirche bei. Später fand im Neuen Palais die Frühstücksstafel statt, zu der u. a. die erbpäpstlich meiningischen Herrschaften u. der Kronprinz von Schweden eingeladen waren. Nachmittags um 2 1/2 Uhr kam der Kaiser mit dem schuplanmäßigen Zuge nach Berlin, um der Entlassung des Begleiters Brunnens auf dem Schloßpark bei zuwohnen. Nachdem der Kaiser dann noch kurze Zeit in Berlin verweilt, kehrte er nach dem Neuen Palais zurück. — Die Kaiserin traf am Sonnabend Abend 11 Uhr 45 Min. im besten Wohlsein, von Cera kommend, auf der Wildparkstation wieder ein und begab sich sofort zu Wagen nach dem

Neuen Palais. Bei der Ankunft wurde die Kaiserin von ihrem Gemahl erwartet.

— (An Reichshaushaltsetats) sind dem Bundesrath noch ferner zugegangen die Etats des Auswärtigen Amtes, des Reichsamts des Innern, des Reichs Invalidenfonds, der Reichsdruckerei und der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen.

— (Zum neuen Marineetat.) Eine erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Marine ist in dem neuen Reichshaushaltetat für 1892/93 beabsichtigt. Zugleich ist eine dauernde Besetzung der südamerikanischen Stationen in Aussicht genommen. Weiterhin soll die Mandorflotte eine Erweiterung erfahren, ein Schiff zur Ausbildung in Artilleriebetrieb dauernd in Dienst gestellt werden und ebenso ein dritter Aviso. Die „Annalen für Hydrographie“ sollen aufrüstend von der Seemarine herausgegeben werden. Die Seemarine wird durch eine entsprechende Persönlichkeit ergänzt. Für die evangelischen Mannschaften auf den kaiserlichen Kriegsschiffen wird an Sonn- und Festtagen Gottesdienst mit Gesang abgehalten, wofür aus Marinefonds Erheblicher Betrag bewilligt worden. Da mit den katholischen Mannschaften der Schiffe wegen ihrer geringen Anzahl eine besondere gottesdienstliche Feier nicht abgehalten werden kann, so sollen jetzt zur Vertheilung an die Mannschaften katholische Gebetsbücher zur Vertheilung an den Festtagen und in den dienstfreien Stunden angekauft werden.

— (Minister Herzfurth) wird gegenüber dem Angriff der „Kreuzzeitung“ von der „Post“ in Schutz genommen. Wesentliche oder auf mit der Amtspflicht unvereinbare grobe Fahrlässigkeit zurückzuführende Rechtsverletzung oder Eingriffe in die bürgerliche Freiheit würden durch den Minister des Innern zur Zeit auf Rechnung zu rechnen haben. Die Aushebung des Kaisers zu einer Art des Mißtrauens gegenüber dem Minister stempeln zu wollen, dafür fehle es an jeder thatsächlichen Grundlage. Unausweichlich, so heißt es am Schluß des Artikels, dürfte schon die nächste Landtagssession einen neuen Beweis dafür liefern, wie großen Werth gerade der Minister Herrschaft auf die feste und energische Handhabung des politischen Sicherheitsdienstes legt, und zwar wie im Allgemeinen so insbesondere auch betriebs der Reichshauptstadt.

— (Aus dem Lager der Vobenebergs Reformen) ist neuerdings auch ein offener Brief an den Papst in die Welt getreten. Michael Klärstein, das Haupt derselben, hat ihn statiren lassen. Die Botschaft ist zu übel nicht. Bei dem Gewicht, das die katholische Kirche neuerdings erhalten hat, wäre es eine mächtige Förderung der Vobenebergs Reformen, wenn vom Vatikan aus die Parole an die katholische Welt erginge, sich diese Sache einmal freundschaftlich anzusehen. Statt des Vortheils, von dem es zweifelhaft ist, ob er den Michael Klärstein'schen offenen Brief in die Hand bekommen und lesen wird, antwortet inzwischen die deutsche ultramontane Press. Nur ein Moment sei dabei als werthvoll hervorgehoben. Klärstein'sche operirt mit der Behauptung, daß das Ultrathem auf dem Communismus beruht habe. Er folgert daraus, daß das Sonderrecht an Grund und Boden und die capitalistische Ausbeutung des Grundbesitzes sich mit dem Christenthum nicht vertrügen, daß der Papst also der wahre Hort des Christenthums sein werde, wenn er sich gegen Sonderrecht und capitalistische Ausbeutung erkläre. Darauf erwidern die Centrumblätter mit Anführungen aus der Bibel, die sich natürlich schwer widerlegen lassen. Wenn neulich in diesem Blatte von der Lesbrüde gesprochen war, welche Theologen aus dem orthodoxen in das sozialistische Lager zu schlagen bemüht sind, so haben wir es hier mit einem Versuch zu thun, eine solche Brücke aus dem Bannkreise immerhin sozialistischer Anschauungen heraus nach demjenigen der Kirche zu bauen, und diese ganz Frage, die neuerdings Wichtigkeit erlangt hat, sollte nicht allein vom dogmatischen und confessionellen Standpunkte aus beantwortet werden. Jedermann hat vielmehr das Recht und die Pflicht, zu ihr Stellung zu nehmen.

— (Trost in Thüringen) In ihrer Vergeßlichkeit über die schwere Niederlage im Wahlkreise Stolp-Lauenburg eiltren die konservativen Blätter triumphirend die Bemerkung des „Vorwärts“, die Deutschfreisinnigen hätten in jenem Wahlkreise doch nur das Recht für die Sozialdemokratie gebaut. In solchen rückwärtigen Freisen, die für den Sozialismus noch nicht reif sind, sei der Freisinn ein trefflicher Pionier für die Sozialdemokratie. Daß die Sozialdemokratie, die es in Stolp-Lauenburg trotz aller Robomontaden nur auf ein paar Hundert Stimmen gebracht habe, sich mit der „Ultras“ der Bevölkerung für ihre Ideen zu trösten suchen, beweist man schon. Die Bismarck'sche Phrase von der „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ kommt ihnen da gerade zurecht. Die Konservativen oder möchten bei einigem Nachdenken — falls sie dessen noch fähig sind — erkennen, daß die freisinnige Partei die vorwiegend

ländliche Bevölkerung des Kreises gegen die Beförderung durch die Sozialdemokratie schützt, indem sie ihr zeigt, daß auch eine bürgerliche Partei zur Hand ist, welche den Kampf gegen den Eigennutz der Agrarier mit Umschlossenheit und Erfolg aufnimmt. Die wirkliche Vorfrucht der Sozialdemokratie ist nicht der Freisinn, der gleiches Recht für Alle fordert, sondern die Bannerträger der politischen Bevormundung und der wirtschaftlichen Ausbeutung der Schwachen.

— (Zu der Candidatur des freisinnigen Regierungsrath a. D. Dr. Papellier) im Wahlkreise Bayreuth-Bunzlau (Erfassung für Frankfurt), bemerkt die „Germania“, die Freisinnigen dürften dort um so mehr günstige Ausichten haben, als in diesem Wahlkreise das freisinnige Element ungleich stärker vertreten ist, als im Stolper Kreise und schon bei der letzten Wahl Frankfurt nur mit geringer Mehrheit über den freisinnigen Candidaten siegte. Außerdem dürfte der moralische Eindruck, welchen der eben errungene Sieg namentlich im Wahlkreise unverkennbar gemacht hat, ebenfalls den Freisinnigen sehr zu statten kommen.

— (Widow) und v. Helmholz's Freier) Am 2. November wird ein Commerc der Sudrenten zur Feier der 70 jährigen Geburtstage der Professoress von Helmholz und Widow stattfinden. Vor einigen Tagen machte die „Kreuzzeitung“ sowohl der „Verein deutscher Studenten“, wie die farbentragenden Corporationen hätten ihre Beteiligungen an dem Commerc abgelehnt, „da es bisher nicht möglich gewesen ist, von Prof. Dr. Widow eine befriedigende, die Verweigerung gesetzlicher politischer Demonstration auf dem Commerc gewährleistende Antwort zu erhalten“. In einer Zuschrift an die Redaction der „Nat.-Ztg.“ erklärte heute Herr Widow: „Da meines Wissens Niemand eine derartige Frage an mich gerichtet hat, so war ich bisher nicht in der Lage, eine befriedigende, noch überhaupt eine Antwort zu ertheilen. Der Gedanke, daß Studenten einen für meinen Collegen Helmholz und mich bestimmten Commerc zu einer politischen Demonstration benutzen würden, ist an sich ein so furchtbarer, daß es mir durchaus fern gelegen hat, daran überhaupt zu denken.“ Gleichzeitig veröffentlicht das System eine Erwiderung auf die Mittheilung der „Kreuzzeitung“, aus der hervorgeht, daß ein Theil der farbentragenden Verbindungen „von Anfang an seine Nichtbetheiligung an dem Commerc erklärt hat. Von einer Absage aller farbentragenden Corporationen und des „Vereins deutscher Studenten“ scheint dem Comite nichts bekannt zu sein. Gleichwohl erklärt dasselbe, „nach alles gesehen ist und gesehen wird, um jenen Ehrentag zweier großen und einander freundschaftlich verbundenen Universitätslehrer und Forscher von jeder Trübung durch Erörterungen frei zu halten, welche innerlich der Studentenchaft trennend wirken.“ Die Beunruhigungen, denen diese Erklärungen entgegenwirken sollen, sind anscheinend durch den Seitenblick auf die politische Thätigkeit Widow's in dem Schreiben des Kaisers an Prof. v. Helmholz veranlaßt worden.

— (Der erste Austrittsbeschluss eines Gewerkevereins seit 1873) ist am 26. October seitens des Gewerkevereins der Porzellanarbeiter u. s. w. und des Reichsverbands Dresden erfolgt. In der Generalversammlung wurde nach dem Referat des Herrn By über die Arbeitsverhältnisse der Porzellanarbeiter die Forderung des neunundzwanzigsten Maximalarbeitstages und der gesetzlichen Festsetzung der Acorarbeit beschlossen und demnach der Austritt aus dem Gewerkevereinsverbande mit 19 gegen 1 Stimme beschlossen.

— (Colonialpolitik.) Der Zug Emin Pascha's in seine frühere ägyptische Requiritorals proving hat bisanfällig in England Besorgnisse hervorgerufen wegen der Schädigung der englischen Interessen. Die ministerielle Londoner „Morningpost“ hatte bei dem Bekanntwerden der betreffenden Mittheilung des „Reichsanzeiger“ eventuell Entscheidung seitens der deutschen Regierung für England gefordert. Jetzt theilt dasselbe Blatt mit, die deutsche Regierung habe der englischen Regierung freiwillig und prompt die wünsch, befriedigenden Vorstellungen ertheilt, daß deutsche Interessen und Beamte in Ostafrika angehalten werden würden, die zwischen beiden Mächten bestehenden Verträge auf das genaueste zu beobachten. Keinerlei Verletzung derselben würde geduldet werden. Diese Versicherungen bezögen sich unmittelbar auf die Thatsache, daß, wie der kaiserlichen Regierung gemeldet worden, Dr. Peters längst billiger Gebiet in der Nachbarschaft des Berges Kilimandscharo betreten habe. Peters sei in gebietlicher Weise beauftragt worden, er müsse seine Thätigkeit auf das Deutsch-vorbestaltene Limitirte beschränken. — Nach einer der Befähigung bedürftigen Nachricht des „Berl. Tagebl.“ hat Emin die Absicht, Afrika in nordwestlicher Richtung zu durchqueren, um entweder Kamerun oder Marokko zu erreichen.

Zur Lebensmitteltheuerung.

— Zum Hunger geföhrt sich jetzt, in Rußland ungewöhnl. zeitig, die Kälte. Aus dem Norden und Innern — so wird der „Wost. Ztg.“ aus Petersburg berichtet — namentlich aber aus dem von der Hungersnoth betroffenen Wolga- und Dongebiet kommen die Nachrichten von den Vorboten des Winters, dem ersten Schneefall und der Kälte, bei welcher die Temperatur bis auf 8 Grad unter Null sank. Die Schifffahrt ist an einigen Orten eingestellt. Es genühten einige Tage dieses Naturwchsels, um den in den betreffenden Gebieten herrschenden Nothstand fast zu verdoppeln. Unsere Stauffiker haben jetzt ausgerechnet, daß zur Unterstüzung der hungernden Massen bei einer Verbrauchsung von nur wenigen Kopfen pro Kopf und Tag ein Selbstbetrag erforderlich ist, welcher den Betrag der neuen 3 Proz. Solonallehne um das Vierfache übersteigt. Wenn schon der erste Beginn des Winters die allgemeine Lage gewissermaßen über Nacht so verschlimmern konnte, so muß man sich unwillkürlich fragen, was nun werden soll, wenn der eigentliche Winter seine Herrschaft halten wird, alle Fahrstraßen und Wege durch Schnee und Eismassen gesperrt und selbst der Eisenbahnverkehr, wie es stets der Fall ist, Tage lang unterbrochen sein wird. Selbst die großen „öffentlichen Arbeiten“, durch welche der Staat und die Privatgüterbesitzer die hungernden Massen in Nahrung sehen wollen und zu welchem Zwecke die neue 3 Proz. Anleihe abgeschlossen worden ist, werden ruhen müssen. Es ist eine böse Zeit, welcher Rußland in diesem Winter entgegengeht und die Stimmung ist in Stadt und Land eine sehr getrübt.

— Die Communalbehörden von Meiningen richteten eine Petition an die meiningener Regierung, in welcher dieselbe ersucht wird, die Aufhebung der Getreidezölle beim Bundesrathe zu beschleunigen.

— In einer Bürgerversammlung in Dreßlau hielten am Donnerstag Abend Reichstagsabg. Vollrath und Abgeordneter Friedländer längere mit einmütigen Beifall entgegenkommene Vorträge über die Getreidezollfrage im Reichstag und in der Commune. Eingehend wurden dabei die Angriffe der Dresdener Kartelpartei gegen das Vorgehen der Stabverordnetenversammlung widerlegt.

— Der Magistrat in Würzburg hat mit 14 gegen 8 Stimmen den freiständigen Antrag auf Aufhebung der kaiserlichen Lebensmittel-Aufschläge abgelehnt.

Volkswirtschaftliches.

Die kaiserliche Werkverwaltung zu Kiel läßt Kartoffeln und Kohlen in größeren Partien ankaufen, die sie zu dem verhältnismäßig billigen Selbstkostenpreise an ihre Arbeiter und Unterbeamten unter dem Vorbehalt der Waargahlung abgibt. Die damit betragliche Fürsorge zum Behren der Arbeiter, findet, wie das „Kieler Tagebl.“ mittheilt, unter dieser vielfache Anerkennung.

Provinz und Umgegend.

R. Halle a/S., 1. Nov. Durch eigene Schuld verunglückte der 17 Jahre alte Fleischerjunge Fritz Meyer, Sohn der Witwe Meyer in Duerfurt. Derselbe wollte mittels der Secundärbahn Duerfurt-Oberbröhlungen nach letztgenanntem Orte fahren, um in Gerdorn in Arbeit zu treten. Unterwegs sprang der junge Mensch aus dem in voller Fahrt befindlichen Wagen, doch in verkehrter Richtung, so daß er durch den Aufdruck gegen den Wagen geschleudert wurde und so unglücklich stürzte, daß ihm beide Beine von den Rädern der nachfolgenden Wagen abgefahren wurden. Sofort nach hier in die kgl. Klinik geschafft, erlag er in Folge des großen Blutverlustes alsbald seiner schweren Verletzung. — In dieselbe Heilanstalt mußte in Folge veranlaßter Brandwunden die 10jährige Tochter eines hiesigen Hofknechtes aufgenommen werden, die schwer krank darnieder liegt. Das arme Kind befand sich bei Verwandten in Anhalt und erlitt hier, vor dem Dem stehend, durch plötzlich herausschlagende Feuer an verschiedenen Körperteilen Brandwunden. Die Angehörigen wollten den Eltern des Kindes nichts sagen und versuchten die Brandwunden selbst zu heilen, machten es dadurch indes nur schlimmer.

— In der gegenwärtigen Zeit der Gänsebraten kommt es zuweilen vor, daß eine fette Gans in die Hände eines Langhändlers fällt, daß aber eine ganze Gänseherde geföhren wird, bis sie jetzt noch nicht zu vergleichen sein. Dieser merkwürdige Fall hat sich am vorigen Montag auf Dorfstädter Rittergut für zugetrugen, indem ein aus Wödmen gebürtiger Klemmergeselle Namens Sellinger unter dem Schutze des zu dieser Zeit herrschenden

bedenden Nebels von einem Felde 68 Stück Gänse, welche dem dasigen Rittergutshof v. Trübscher gehörten, wegtrieb und mit denselben den Weg nach Oberlauterbach einschlug. Dortselbst eröffnete er einen Gänsehandel und war es ihm binnen kurzer Zeit auch gelungen, eine Anzahl Gänse zu veräußern, bis man das Verschwinden der Herde im Rittergut Dorfstadt noch rechtzeitig bemerkte und die entwendeten Gänse, sowie den streichen Gänsestiel mittelst Wagens in Oberlauterbach einholte.

— Am 17. Nov. werden auf dem königl. Hauptgehüt Graditz 25 Stück Vollblutpferde öffentlich versteigert, darunter Abstammlinge der berühmten Pferde The Palmer, Chamont, Bergheimnisch, Weltmann, Patrimpos (des deutschen Derby-Siegers u. s. w.).

— Am 26. v. M. machte sich die in gesegneten Umständen befindliche Ehefrau des Flanellarbeiters Vater in Börsed eines Stimmorderversuches an ihrem Ehemann schuldig. Das Weib warf eine Anzahl Streichholzköpfe in den Topf, in welchem sie für ihren Mann Kaffee kochte. Als dieser den in die Fabrik mitgenommenen Kaffee genießen wollte, fiel ihm der sonderbare Geschmack desselben auf. Eine alsbald vorgenommene Untersuchung ergab, daß in dem Kaffee Schwefel enthalten war. Die Frau wurde zur Haft gebracht und hat, wie die Hall. Ztg. berichtet nach längerem Ruhen ihre verbrecherische That eingestanden. Als Ursache derselben gab sie an, daß sie sich ihres Ehemannes habe entledigen wollen, weil sie ihm nicht mehr zusammen leben könne.

— Zwischen Roderehna und Doberschütz hat sich am 30. October die Frau eines Eisenbahnwärters vor die Locomotive des dasdraufenden Zuges geworfen und wurde von derselben 9 Meter weit über das zweite Geleis geworfen. Die Unselige starb bereits nach einer Stunde.

— Aus Dessau schreibt man der S. Ztg.: Der Rörder Höppler aus Lehnin, welcher die Wabungen des sächsischen Theiles der Provinz Brandenburg unsicher machte, ist im Walde beim Dorfe Koselitz unweit der Stadt Coswig, also auf anhaltischem Gebiet, verhaftet und vorläufig in der Strafankalt Coswig in Sicherheit gebracht worden. Höppler hatte eine verlassene Holzhauerlöche als Schlafpötel gewählt und zwar in Gemeinschaft mit einer Frauenderson. Im Dorfe Bulo war eine Spießkette geföhren worden und dies führte zu dem Verdachte, daß sich H. in der Nähe dieser Dörfer aufhielt und der Dieb sei, und da in jener verlassenen Holzhauerlöche von einem des Weges Kommenden Licht bemerkt war, wurde das Wachtcommando der Strafankalt in Coswig aufgegeben, die Löche wurde untersucht und Höppler gefangen.

— Der Ober-Landbauinspector Graf Lehndorff, der Leiter der preussischen Geschäftverwaltung, weilt zur Zeit in England, um Vollblut anzukaufen. Er hat bisher einen Hengst und eine Stute erworben, und zwar am Mittwoch bei der Versteigerung in New-Market den dreijährigen Cuphon von Hawthorne aus der Guterpe, für den er 30000 Mk. gab, sowie die 13jährige Lige Agnes von Macaroni aus der Holly Agnes, welche, gedeckt von Bend Dr. 37000 Mk. kostete. Vorher besah sich Graf Lehndorff in Frankreich, wo er gleichfalls zwei werthvolle Erwerbungen machte, die zwölfjährige Malaga von The Bard aus der Malabra für 25000 Frs., sowie den fünfjährigen Frejeville von Jut aus Fée de Gedebs für 30000 Frs.

— Unter den Klängen der Regimentsmusik holte am Freitag eine Abtheilung des 107. Infanterie-Regiments in Leipzig eine Mitrailleuse auf dem Dresden-er Bahnhof ab, welche dem Regiment vom Könige zur Erinnerung an die ruhmreichen Thaten des Regiments im letzten Kriege verliehen worden ist. Das Geföhrt ist im Hofe der Wilschburg, die dem Regiment als Kaserne dient, aufgestellt.

— Wie in Schwere es ist auch in Heiligenstadt, wie die „Lichtwölfe“ erwartet hatte, die Auführung des Siedermann'schen Schauspiel „Die Ehre“ von der Polizeibehörde verboten worden.

— Der Magistrat von R. b. g. hatte durch Polizei-Verordnung die Ammel für jagdbar erklärt. Auf Veranlassung des herzoglichen Ministeriums hat der Magistrat die Verordnung jetzt zurückgezogen.

— Bei Wasserleitungsarbeiten die Geschwege wurden am Freitag drei Arbeiter verschüttet und es gelang nicht, die unglücklichen lebend hervorzuziehen. Nach zweifelhafte harter Arbeit fand man die Leichen der Vermissten.

— In der Nacht zum Donnerstag ist in dem anhaltischen Dorfe Klein-Zerbst eine junge Frau fast bei lebendigem Leibe verbrannt. Dieselbe war, wie die S. Ztg. meldet, allein in der Küche mit Knechtchen beschäftigt, als unmerklich das aus der Feuerung hervorschießende Feuer ihre Kleider

erfaßte und die Unglückliche plötzlich in Flammen setzte. Sie lief hilflos in den Garten und ehe die schlafenden Hausbewohner erwachten und herbeikamen, waren der Frau die Kleider auf dem Leibe verbrannt und diese selbst so verlest, daß sie der Tod am anderen Morgen von ihren Schmerzen erlöste.

— Das Schwurgericht zu Meiningen verurtheilte die 25jährige ledige Perlenarbeiterin Antonie Schmidt aus Raucha, die angeklagt war, ihr 3 1/2 Monate altes Kind durch Bergiftung getödtet zu haben, zum Tode.

— Bei der nächtlichen Heimkehr von der Kirmess eines Nachbarortes ist am vorigen Sonntag der Gastwirth Erwich aus Burg bei Rabemühl beim Ueberstreifen eines schmalen Steges über die Eiser in den Fluß gestürzt und ertrunken. Sein Leichnam wurde am letzten Donnerstag an der ziemlich tiefen Unfallselle aufgefunden.

Localnachrichten.

Merseburg, den 3. November 1891.

□ Der hiesige Gustav-Adolf-Zweigverein eröffnete am Sonnabend in der „Reichstrone“ mit einer Vorversammlung die Feier seines diesjährigen Jahresfestes. Der Vorsitzende, Herr Pastor Wertzler, ertheilte zunächst den Jahresbericht. Der Verein kann auf eine nunmehr 40 jährige, gesegnete Wirksamkeit zurückblicken. Am 3. November 1851 durch Confirmandenrathe Frobenius gegründet, betrug seine erste Jahreseinnahme 120 Thaler 15 Silbergroschen, die letzte Jahreseinnahme betrug 574 Mark 98 Pf.; davon sind zwei Drittel an den Provinzial-Hauptverein abgeführt worden, während von dem dem Vereine verbleibenden Drittel die Gemeinden Nippes und Gosau mit je 100 Mk. unterstützt worden sind. Das Jahresfest des Hauptvereins hat am 24. Juni in Bitterfeld stattgefunden. Die Einnahme betrug 13000 Mk., 9000 Mk. aus den Zweigvereinen und 4000 Mk. als Ertrag einer Collecte. Die große Liebesgabe im Betrage von 1000 Mk. hat die Gemeinde Großlein in der Provinz Posen erhalten. Die Generalversammlung des Centralverbandes hat vom 14. bis 18. September in Görlitz getagt; die große Liebesgabe im Betrage von 17706 Mk. hat die Gemeinde Wangen im Allgäu erhalten. — Hierauf ergriff Herr Diab. vorapassere Novat aus Gosau im Schlussworte das Wort. Redner gab zunächst einen Uebersicht über die Entwicklung des Protestantismus in Oesterreich. Mit warmen, aus dem Herzen kommenden Worten wies er nach, wie die ganze Geschichte des Evangeliums in Oesterreich vom ersten Auftreten der Waldenser im 14. Jahrhundert bis in die ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts eine einzige Kette von Verfolgungen und Verdriigungen gewesen ist. Erst der jetzige, von allen Oesterreichern hochverehrte Landesherz, Kaiser Franz Joseph I. hat durch die Proskriptenpatente vom Jahre 1861 den Evangelischen vollständige Religionsfreiheit und Gleichheit und im Jahre 1866 die jetzige Kirchengesetzgebung gegeben. Erst unter seiner Regierung ist das Prinzip durchgedrungen, daß auch der evangelische Cultus aus Staatsmitteln unterstützt wird. Redner verbreitete sich sodann über die jetzige Entwicklung des Evangeliums in seiner Heimat, Provinz Oberösterreich. Eigenwärtig giebt es daselbst 19000 Coangelische in 18 Gemeinden mit 19 Pastoren, 16 Schulen, 25 Lehrern und 1550 Schülern. Auf den Zustand seiner eigenen Gemeinde übergehend, schilderte der Herr Vortragende mit beweglichen Worten die Erden, die seine Gemeinde in schweren Zeiten um des Coangeliums willen standhaft erduldet hat, wie die zwar arm, aber opferfreudige Gemeinde mit Hülfe ihrer treuen Pflegermutter, des Gustav-Adolf-Vereins, in den Jahren 1858—69 ein schönes Kirchlein erbaut hat, und wie die Gemeinde jetzt schwer ringt um die Erhaltung ihrer evangelischen Schule, die durch die interconfeSSIONellen Schulgesetze gegenwärtig in ihrer Existenz schwer bedroht ist. Auch dieses Schmerzgefühl empfahl Redner mit glühenden, gottvertrauensvollen Worten der Liebe und Treue der Pflegermutter, dem Gustav-Adolf-Verein.

** Der Landbauinspector Horn hieselbst ist die hiesige Kreisbauinspektorstelle verlassen worden.

** Auf dem Wege von Schladebach nach Merseburg ist am Sonnabend Abend der Bierereiger G. von hier von zwei bis jetzt noch unbekannten Subjecten angefallen, geschlagen und seiner Waargasse beraubt worden. Der Ueberfall erfolgte bei großer Finckerniß etwa eine halbe Stunde von Schladebach entfernt und wurde von den wahrscheinlich hinter Bäumen versteckt gewesenen Streichen so plötzlich ausgeführt, daß G. sich nicht zu vertheidigen vermochte. Hoffentlich gelingt es, die Verfolger zu ermitteln und der Bestrafung zuzuföhren.

** An der Stedner'schen Fabrik stürzte am Sonnabend ein ansehend an Epilepsie leidender Mann

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pfg. durch den Hermtträger. — 1 Mark 35 Pfg. durch die Post.

Verlagort:
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
nach Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Holzgrube Nr. 5.

No. 217.

Dienstag den 3. November.

1891.

Für die Monate November und Dezember werden Abonnements auf den

Merseburger Correspondent
zum Preise von 80 resp. 84 Pfg. von allen Postämtern, Buchhändlern, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

Die Wiederbesetzung des Erzbisthums Posen.

In der Polenpolitik der Regierung steht anscheinend eine grundsätzliche Wendung bevor. Nachdem neuerlich schon von offiziöser Seite eingestanden worden ist, daß für den seit langem erblöthigen erzbischöflichen Sitz Posen-Ostsee ein „polnischer“ Prälat in Aussicht genommen sei, wird jetzt in der klerikalen Presse zwar nicht der Propst v. Jagzewski, wohl aber der Propst Florian v. Stablewski, Mitglied des Reichshauses für Schrimm-Schroda Bisthum als Nachfolger des Erzbischofs Dinter genannt. Die Nennung dieses Candidaten würde nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Abgabe für die „Nationalpolitik“ des Fürsten Bismarck bedeuten. Wie der nur mit äußerlichen Mitteln betriebene „Kulturkampf“ in den deutschen Landestheilen von Ultramontanen, so hat er in den polnischen das Polen-tum großgezogen. Hinterher wurden dann die Polenaustrreibungen ins Werk gesetzt und die „Antipolengesetze“ erlassen, um das künstlich großgezogene Gespinnst zu bekämpfen. Im Kulturkampf haben die Herren v. Jagzewski und v. Stablewski in der ersten Reihe der Kämpfer gestanden; aber nachdem die Maßregeln zu Grabe getragen sind, wird man den Siegern keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie die Herausforderung zum Kampfe angenommen haben. Erst nachdem der Kulturkampf aufgehört hat, haben die Polen oder wenigstens ein großer Theil derselben angefangen, sich wieder darauf zu besinnen, daß die preussischen Polen keinen Grund haben, ihre Stammesgenossen außerhalb der preussischen Grenzen zu beneiden. Wenn jetzt Herr v. Stablewski Erzbischof von Posen-Ostsee werden sollte, so verdanken die Polen das nicht am wenigsten dieser Rücksicht zu einer besonnenen Politik. Gerade Herr von Stablewski hat sich in dieser Hinsicht im Abgeordnetenhaus im Mai d. J. deutlich ausgesprochen. Er erklärte im Namen seiner Landleute, „daß wir diejenigen Verpflichtungen kennen und erfüllen wollen, welche wir dem Staate gegenüber haben, dem wir nach Gottes Rathschluß angehören, daß wir deshalb diesen Staat schützen und fügen wollen in alle dem, was seine Ehre, die Integrität seiner Grenzen, seine Machtstellung und Entwicklung anlangt, daß wir aber dabei Polen im preussischen Staate bleiben wollen, daß wir die Heiligthümer die uns von unseren Vätern überantwortet sind, nicht preisgeben wollen, unsere Nationalität, unsere Sprache, unsere geschichtlichen Erinnerungen.“ Weiterhin berief sich Herr v. Stablewski auf die polnische Poesie zum Beweise dafür, daß sie die Assimilation einer polnischen Sonderstellung und Sonderbestrebung oder gar einer Loslösung dieser Provinzen von Deutschland von sich wisse. Weder als Katholik noch als Polen könnten sie sich nach Rußland sehnen; sie seien Kinder der westlichen Civilisation, gehörten nicht zum Orient, sondern zum Westen u. s. w. Von unserem Standpunkte aus ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß auch das Wärdchen von der Reichs- oder Staatsfeindschaft der Polen endlich zu Grabe getragen wird. Die preussische Bevölkerung kennt weder Deutsche noch Polen, sondern nur gleichberechtigte Staatsbürger. Von diesem Standpunkte aus hätten wir Freisinnige gegen die Ernennung eines polnischen Prälaten zum Erzbischof einer vormals polnischen Diöcese nichts einzuwenden. Bedenken können nur aufkommen, wenn die Regierung auf dem Schilde der Schulpolitik keinen Rückschritt bis hinter die Talspitzige Zeit unternehmen sollte. Niemand

denkt an eine gewaltsame Germanisirung der Polen, andererseits aber soll man auch den Polen nicht die Hand bieten zu einer Polonisirung der Deutschen. Wir wollen ihre Sprache nicht antauchen; aber wir müssen dabei voraussetzen, daß die Polen sich bemüht sind ihrer Pflichten als Angehörige eines deutschen Staats und daß sie die Verpflichtung anerkennen, die heranwachsende Jugend zum Birkändnis der deutschen Sprache und des deutschen Staats auszubilden. Und deshalb müssen wir der Forderung polnischen Unterrichts in der Volksschule nach wie vor entgegen treten. Die Polen sollen nicht Polen im preussischen Staate sein, wie Herr v. Stablewski sich ausdrückt, nicht preussische Polen, sondern polnische Preußen. Und deshalb müssen wir daran festhalten, daß in der Volksschule die deutsche Sprache die herrschende bleibt und daß die polnische Sprache nur insoweit zu berücksichtigen ist, als sie zur Erreichung der Schulzwecke der polnischen Minderzahl erforderlich ist. Wenn die Regierung an dieser Auffassung festhält, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch die Ernennung des Herrn v. Stablewski zum Erzbischof von Posen-Ostsee einen Segen ihrer Schulpolitik zum Fortschritt von Polen machen würde.

Politische Heberkeit.

Die Wahlfälschung des österreischischen Antisemitikers Schneider und deren stillschweigende Duldung durch seine parlamentarischen Oefnungsgenossen scheint endlich auch den anständigeren Elementen in jenen Kreisen die Augen geöffnet zu haben. Die Abgeordneten Kraus und Bernerstorfer sind aus dem Club der deutschen Nationalpartei ausgetreten, weil einige Mitglieder derselben nicht für das Mißbilligungsvotum gegen Schneider gestimmt hatten, trotzdem aber im Club geblieben waren. Schneider aber, der sich einig

Aufenthalte sagte die Zarenfamilie die Weiterreise in dem bereitstehenden Hofzuge fort. — Eine russische Grenzverletzung wird wieder einmal von der preussisch-russischen Grenze gemeldet. Ein Bauer Dobral, der in einem dichten an der Grenze gelegenen Dorfe einen Verwandten besucht, wurde auf preussischem Gebiet von russischen Grenzwächtern, die behaupteten, er sei schon auf der russischen Seite, unter größtlichen Mißhandlungen verhaftet und trotz einer Bürgschaft, welche seine Verwandten hinterlegten, bisher nicht freigelassen. Eine von seinem diesseitigen Verwandten bei dem Landrathshausamt Sirelno ergangene Anzeige hatte zur Folge, daß in einem von dem Landrath in Koblenz anberaumten Termin, zu dem auch der russische Agent erschienen, festgesetzt wurde, daß die Verhaftung thatsächlich auf preussischem Gebiete und zwar 75 Meilen von der Grenze entfernt, stattgefunden habe. Nach dieser Feststellung wurde ein Termin in Kasland anberaumt, zu dem auch der Schwager des Dobral geladen wurde. Dieser wollte anfänglich nicht zu demselben erscheinen, besaß sich aber auf vieles Zureden doch dorthin. Der Termin ist bereits vor 14 Tagen in Kaslawa abgehalten, aber weder Dobral noch sein Schwager ist bis heute zurückgekehrt. Es sind bereits weitere Schritte seitens der preussischen Behörden gemacht worden, um die Freilassung der beiden Verhafteten zu erwirken.

Betreffs der Räumung Aegyptens haben die Ausführungen, welche der französische Minister des Auswärtigen, Ribot, in seiner letzten Budgetrede in der französischen Deputirtenkammer gemacht hat, in England sehr verknüpft. Man sieht sich besonders verlegt durch die Andeutung, daß Frankreich, wenn dazu aufgefordert, bereit sein würde, mit Europa an dem Besatze theilzunehmen, neue Quantitäten seitens Großbritannien für eine längere Räumung des Niltals zu verlangen. Der „Standard“ giebt dieser Mißstimmung in einem längeren polemischen Artikel Ausdruck, der zwar die Verpflichtung Englands anerkennt, die gegenwärtige Besetzung Aegyptens zu beibehalten, zugleich aber daran erinnert, daß an die bezüglichen Verpflichtungen Englands stets die Bedingung geknüpft worden, daß Aegypten in der Lage sein müsse, nicht nur einem Angriff von Außen allein widerstehen, sondern auch jede innere administrative Corruption und Verwirrung verhindern zu können. Der Artikel wendet sich sodann gegen die französische Darstellung, als ob England f. Z. seine Truppen nach Aegypten gesandt habe, um Frankreich zu unterstützen, und auch nach deshalb die Verwaltung, welche mit diesem Lande in Verbindung stehe, im Interesse von Aegypten selbst, im Interesse der Türkei, im Interesse von Europa und endlich im Interesse des britischen Reichs; sie würden die übernommene Aufgabe nicht eher aufgeben, als bis dieselbe gelöst und beendet sei. Der „Standard“ wirt zum Schluß den Franzosen vor, daß sie nur darum Einwürfen in Aegypten versuchten, um England willig zu machen, unter der Bedingung der Aufhebung der ägyptischen Verhältnisse andere politische Aktionen Frankreichs zuzustimmen. Frankreich wolle gekaufte werden; Englands Position in Aegypten sei aber so klar, so einfach, so natürlich, so gerechtfertigt, daß kein Grund vorliege, eine Zustimmung zu erwirken, welche England zwar gern befehen würde, aber welche nicht unerlässlich notwendig ist. — Die Ausführungen des „Standard“ entsprechen den Anschauungen, welche die englische Regierung in der letzten Zeit bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hat. Auch eine neuerliche Rede des ersten Lords der



sicht genommen; ebenso pöchtig ist dank aber wieder auf den ursprünglichen Mission zurückgegriffen worden, und beweisend ist die russische Kaiserfamilie „Polarnern“ mit der russischen Kaiserfamilie und dem König und der Königin von Dänemark an Bord Freitag Nachmittag nach Danzig abgegangen und Sonnabend früh dort eingetroffen. Nach largem